

„Für eine andere Politik“ erklärte sich eine Reihe Professoren, Studienräte, Kirchenleute, Schriftsteller und auch ein paar Gewerkschaftsfunktionäre Anfang letzten Jahres in Erfurt. Am 20. Juni rief die sozialpatriotische Linke unter demselben Motto zum Aufstand in die Hauptstadt. Zumindest bis zum Herbst ist mit weiteren nationalen Highlights aus dieser Richtung zu rechnen.

„Aufstehen“ für die Volksfront? – Nein Danke!

Absage an die „andere Politik“

Die *Erfurter Erklärung* und der Demo-Aufruf „Aufstehen für eine andere Politik“ sind schon deshalb völlig unglaubwürdig, weil sie für das darin verfolgte Ziel, die Verteidigung und Wiederbelebung des bundesdeutschen Sozialstaats, sich auf politische Parteien beziehen, die eines ganz sicher *nicht* wollen: die Umstände wiederherstellen, die erst so etwas wie einen um sozialen Ausgleich bemühten kapitalistischen Staat hervorgebracht haben, nämlich die Teilung Europas und insbesondere Deutschlands sowie den im Osten dieser geteilten Welt damals herrschenden sogenannten realexistierenden Sozialismus. Dem in der Erfurter Erklärung – gewiß aufrichtig – beklagten „Kalt[e]n Krieg gegen den Sozialstaat“ ging, wie man sich vielleicht noch schwach erinnert, der Sieg im Kalten Krieg gegen den Realsozialismus, der Fall der Mauer und die Annexion der DDR, voraus. Sieht da jemand einen Zusammenhang?

Mit Planwirtschaft und SED-Diktatur will im „Spannungsfeld von SPD, Bündnis90/die Grünen und PDS“ wirklich niemand etwas zu tun haben. SPD und Bündnisgrüne sowieso nicht. Aber auch die Partei des demokratischen Sozialismus steht fest zu Demokratie und Einheit der Nation, und selbst Sarah Wagenknecht mit ihrer KPF kann sich ihren Sozialismus ohne Markt nicht mehr vorstellen. Woraus sollte wohl, bei soviel Einvernehmen im Grundsätzlichen mit dem politischen Gegner, der geforderte „Mut zur Opposition auf ganzer Linie“ geschöpft werden?

Offenbar hat man auch in Erfurt das bürgerlich verordnete Dogma verinnerlicht, daß mit der Zeitenwende von 1989 das Ende aller Geschichte (die sich bekanntlich nicht wiederholt, sonst wäre sie nämlich keine) erreicht sei. Anders ist es kaum zu erklären, warum man es dort anscheinend für erlaubt oder gar für geboten hält, der Formulierung seiner politischen Ziele und Absichten, statt einer Beurteilung der historisch konkreten Konstellation wirklicher sozialer Kräfte, nur mehr lauter fromme Wün-

sche zugrunde zu legen. Die „andere Politik“, das ist schon ’mal sicher, geht, wie diejenige, die sie ablösen möchte, davon aus, daß jenseits der gegebenen, bürgerlichen Ordnung der Dinge, jenseits von Demokratie und Marktwirtschaft, es nichts mehr gibt. Die Freiheit und Gleichheit des *Geldes* geben auch dieser Politik den Rahmen ein für allemal vor.

Der Nation und ihrer Einheit wissen sich die Erklärer von Erfurt selbstverständlich auch verpflichtet, besorgt es sie doch bereits im ersten Satz, daß letztere bislang nur „formal“ vollzogen sei. Und erinnern sogleich daran, daß doch auf dieser Einheit, auf dem nationalen „Konsens“ (den sie natürlich „sozial“ nennen) – na, was wohl? Richtig: der „Erfolg“ jener „Bundesrepublik ... beruhte“, die jetzt endlich wieder ohne Wenn und Aber *Deutschland* heißen darf. Vergebliche Beschwörung der Zeiten, da dieses Deutschland, das so nicht mehr ist und nie mehr sein wird (es gehörte halt die DDR insgeheim dazu), von einem sozialdemokratischen Kanzler zum „Modell“ ausgerufen wurde?

Täuschen wir uns nicht! Es geht schließlich nicht bloß um die Manifestation massenhafter, wenn auch zwar folgen-, so doch an sich ganz tadelloser Gesinnungen. Es geht, wie Erklärung und Demo-Aufruf nicht müde werden zu betonen, nicht einmal etwa nur um eine großangelegte Wahlkampfunterstützung für die jetzige parlamentarische Opposition in Bonn. Es geht vielmehr wirklich und ehrlichen Herzens um: „eine andere Politik“.

Und wie könnte die wohl aussehen? In Zeiten, da nicht mehr wie einst im sozialstaatlichen Mai eine im Osten verstaatlichte Arbeiterklasse – eher schlecht als recht, eher unabsichtlich als willentlich – der demokratisch gebändigten Arbeiterbewegung im kapitalistischen Westen den Rücken freihält? In Zeiten, da die vom Zwang zur *Verwertung* der Arbeitskraft diktierten Spielräume keineswegs größer, sondern enger werden?

★

In der Erklärung ist vom „Notstand an Arbeit“ die Rede. So als ginge der Mensch schon von Natur aus zu Grunde, wenn er nicht malochen darf. Und als hätten diejenigen, die man hierzulande in die Reserve der kapitalistischen Lohnarbeit gestuft hat, im selben Moment überhaupt nichts mehr zu tun.

Gegen den angeblichen Notstand verlangt man nach „sinnvoller Arbeit für das Gemeinwohl“. So als wären Demokratie und Marktwirtschaft an sich für dergleichen geschaffen. Als wäre nicht das einzig Schöne an der Demokratie, daß sie, entsprechend genutzt, auch die Möglichkeit böte, den vielmehr rein *illusorischen* Charakter jeglicher Idee eines in ihr angeblich vorkommenden „Gemeinwohls“ offenzulegen. Gäbe es diesen objektiven Maßstab, nach dem hier allen Menschen – Besitzenden wie Besitzlosen – gleichermaßen Gerechtigkeit widerfahren könnte, wozu dann überhaupt das seltsame demokratische Prozedere, wozu jener sich perpetuierende Streit, in dem regelmäßig nicht eine allgemein einleuchtende Vernunft, nicht allgemein überzeugende Argumente, sondern die gegen solche übergreifende Vernunft an sich völlig gleichgültige Mehrzahl der Stimmen entscheidet? – Offenbar ist Demokratie keine zivilisierte Methode zur gemeinsamen Aufklärung strittiger, aber doch objektiv feststellbarer Sachverhalte, sondern, im Gegenteil, eine bestimmte Weise, in der Sache unversöhnliche soziale Kräfte aneinander zu messen.

Von der „Erwerbsarbeit der Zukunft“ wissen die Erfurter zu erzählen, daß sie auf jenes illusorische Allgemeine, „auf gesellschaftlichen Nutzen“, den sie natürlich nicht näher spezifizieren, „verpflichtet werden“ müsse. Wer denn da in der Pflicht wäre: der die Arbeit anwendet oder dessen Arbeitskraft angewendet wird, lassen die Damen und Herren offen. Was aber ist mit der kapitalistischen Lohnarbeit der Gegenwart? In ihr „erwirbt“ das arbeitende Individuum im Durchschnitt gerade soviel, daß es sich

im Zustand der Arbeitsfähigkeit erhalten und die Nachkommen aufziehen kann, die es irgendwann ersetzen müssen. Es erwirbt also nichts. Nichts, was es nicht schon vor der Arbeit besessen hätte, durch die es angeblich erst erwirbt. Es hat nur Teil an der Lizenz seiner besonderen sozialen Gattung, nicht auszusterben. Hätte es am Ende – von Ausnahmen und vorübergehenden Abweichungen immer abgesehen – wirklich etwas *erworben*, etwas, das es nachhaltig hinausbrächte über den Zustand, bloße Arbeitskraft zu sein, so hörte die ganze schöne Marktwirtschaft samt ihrer Demokratie auf zu funktionieren, denn es fiel unter solchen Umständen ganz sicher niemand ein, weiter brav seine Arbeitskraft auf irgendeinem Markt Anderen zum Verkauf anzubieten, statt den veränderten Zustand zu genießen, nämlich vom Erworbenen genüßlich zu leben.

Es ist daher auf der anderen Seite desselben Verhältnisses, beim Käufer der Arbeitskraft, nur die dazu gehörige pure Selbsterhaltung in dieser bestimmten, durch das Verhältnis selbst festgelegten Rolle, die ihn zwingt, wenn irgend möglich, alles, was die Betätigung der Arbeitskraft über das für deren Erhalt Notwendige hinaus hervorbringt, ihr zu enteignen, d.h. aber sich selbst anzueignen und nicht etwa großmütig zu verschenken.

Natürlich lauert in all dem ein ziemlich brisanter Widerspruch, denn im Unterschied zu antiken Sklavenhaltern oder feudalen Herren enteignet der Kapitalist seinen Arbeiter nicht, um das Enteignete sich anzueignen, sondern eignet sich dessen Arbeit an, um ihn zu enteignen. Das Produkt der fremden Arbeit ist erst wirklich sein, wenn er es in Bares verwandelt hat, das er investieren, d.h. in Mittel zu weiterer Anwendung von Arbeitskraft umsetzen kann. Es kann daher dazu kommen und kommt tatsächlich in schöner Regelmäßigkeit dazu, daß der kapitalistische Anwender der Arbeitskraft auf dem angeeigneten Produkt sitzen bleibt und es eigentlich verschenken könnte, da er selbst damit so doch nichts anfangen kann.

Die pfiffigen Erfurter stehen denn auch nicht an, ihm und seinen Brüdern genau das zu empfehlen: „Kapitalisten hört die Signale!“ überschrieb unlängst die Züricher Weltwoche einen Leitartikel, der fragte: Wer soll die Waren kaufen, wenn die Bevölkerung immer weniger verdient?“

Die Herren und Damen Professoren, Pastoren etc. legen also nahe, die Kapitalisten möchten doch – schon in ihrem eigenen Interesse als Kapitalisten – auf die Aneignung des Produkts der eingekauften Arbeit einfach verzichten, hinterrücks gewissermaßen, indem sie nämlich einen Lohn zahlen, der dem Wertprodukt der Arbeit entspräche. Ebenso gut könnten die kapitalistischen Eigentümer dann natürlich auch den konsumierbaren Teil ihres Produkts, soweit sein Wert die gegebene Höhe des Lohns übersteigt, kostenlos unters arbeitende Volk bringen. (Ziemlich unerheblich wäre übrigens, ob sie dabei für ihr rein persönliches Auskommen, für ein annehmliches Dasein nicht als Kapitalist, sondern sozusagen als Mensch, einen entsprechenden, größeren oder kleineren, Teil des Produkts jeweils zurückbehalten.)

Logisch: Der Kapitalist (er steht hier als typisches Exemplar seiner Gattung) hat die Arbeitskraft eingekauft und so gerecht bezahlt, wie es der Warenaustausch verlangt: Er bezahlt zu Recht nur die *Arbeitskraft* und nicht etwa die bei Kontrakt noch gar nicht existierende Arbeit, denn mehr als die Kraft, die bloße *Fähigkeit*, zu arbeiten, hat sein Gegenüber nicht anzubieten, weil alle Mittel zur Umsetzung dieser Fähigkeit in wirkliche Arbeit – darin liegt der ganze Witz der Angelegenheit – immer schon Eigentum des Kapitalisten sind. Der müßte nun, so die Idee aus Erfurt (das scheint's ein Ortsteil in Schilda ist), es nur unterlassen, die soeben eingekaufte Arbeitskraft auch wie eine von ihm erstandene Ware zu behandeln, nämlich sie als eine nun mehr ihm und nur ihm gehörige Kraft zu seinem Vorteil in Bewegung zu setzen – schon wären wir alle zusammen, Kapitalist wie lohnarbeitendes Individuum, sämtliche Probleme los, die aus dem durch Kauf bzw. Verkauf der Arbeitskraft vermittelten Produktionsverhältnis entstehen. Alle Beteiligten, so der geniale Einfall, spielen weiter: Kapitalist tauscht sich mit Arbeitskraft aus, aber nur als ein *Spiel*, ohne das damit gegebene Verhältnis wirklich zu vollziehen.

Nähmen wir die Idee ernst, ernster mit Sicherheit, als sie gemeint ist, dann lautete sie zusammengefaßt: Die Kapitalisten sollten aufhören, Kapitalisten zu sein, nicht etwa, weil die Reproduktion der Gesellschaft in dem mit ihnen gegebenen Produktionsverhältnis zu kostspielig geworden ist und ihre Rolle als Kapi-

talisten darum abgeschafft gehört, sondern, weil sie im Gegenteil, *als Kapitalisten* anders nicht richtig glücklich würden. Für so blöd halten Herr Professorin und Frau Pastor die Chefs unserer Marktwirtschaft natürlich nicht wirklich, daß sie annehmen, mit derartigen „Signalen“ dort irgend etwas zu bewegen. Die Idee wendet sich vielmehr, wie der ganze Summs ihrer Erklärung, ans gemeine Volk. Und das halten sie tatsächlich für – zumindest nicht klüger als sich selbst.



Die Botschaft ans Volk aber lautet: daß nur ja niemand sich Gedanken mache, was womöglich im Ganzen faul ist an einem Verhältnis, das die Arbeitskraft nur dadurch zu immer höherer produktiver Leistung zu treiben weiß, daß es ihr fortwährend im gleichen Schritt das Resultat ihrer Leistung enteignet und sie damit ihrem eigenen produktiven Tun entfremdet. Die Sache, läßt man wissen, ginge an sich schon in Ordnung, wenn nur unseren volksfreundlichen Geistesgrößen anvertraut würde, ihr ein bißchen Vernunft einzublase.

Wohin die Zeichen solcher Vernunft des Näheren deuten, läßt vielleicht das folgende Statement erahnen: „Arbeit“, heißt es an einer Stelle, müsse „neu und gerecht verteilt werden durch weitere radikale Verkürzung der Arbeitszeit bei angemessenem Lohnausgleich.“ Das haben die Herrschaften doch wirklich fein formuliert, nicht wahr! Die Melodie „radikal“ kompromißlos, der Text gleichwohl für „angemessene“ Interpretationen offen. Ganz nach dem Strickmuster des ersten Kandidaten für die „andere Politik“: Alle in Aussicht gestellten Freundlichkeiten stehen unter „Finanzierungsvorbehalt“.

Sehen wir uns den „angemessenen“ Lohn bzw. seinen „angemessenen“ Ausgleich etwas näher an.

Die Länge der Arbeitszeit hat mit dem Lohn nichts zu tun, weil, wie gesagt, mit ihm die *Arbeitskraft* bezahlt wird und nicht die *Arbeit*, also auch nicht deren Größe, die Arbeitszeit. Die täglichen Kosten zur Wiederherstellung meiner Arbeitskraft, da diese im Durchschnitt zusammenfällt mit meinem bloßen physischen Dasein als wiederum durchschnittliches menschliches Wesen mit durchschnittlichen Bedürfnissen, sind aber – in gewissen Grenzen – dieselben, ob ich zwölf, acht, vier oder auch null Stunden des Tages lohnarbeitend

zubringe. Und geschichtlich sind sie sogar mit den in zähen Kämpfen erstrittenen Verringerungen der Normalarbeitszeit, gemessen an der Vielfalt und Menge der pro Arbeitskraft täglich verbrauchten Produkte, statt etwa zu fallen, eher gestiegen, weil mit verlängerter Regenerationszeit die Bedürfnisse sich entwickeln, die der Durchschnittsmensch darin befriedigen muß – sie sind schließlich keine Naturkonstante, sondern selbst immer auch geschichtliches Produkt. Einer Verkürzung der Arbeitszeit „angemessen“ wäre demnach nur ein solcher Ausgleich der Lohnsätze, der entsprechend den mit ihr tendenziell wachsenden Bedürfnissen zu einer kräftigen *Anhebung* des Einkommens pro Tag und Nase, d.h. zu einer *Verteuerung* der Arbeitskraft führte.

So hat das aber – jedenfalls in Erfurt – selbstverständlich niemand gemeint. Gedacht wird dort vielmehr an das Gegenteil. Hatten früher die Gewerkschaften – maßvoll genug – auf einem „vollen Lohnausgleich“ bestanden, so sei da jetzt glücklicherweise eine „Wende“ eingetreten, heißt es in einer autorisierten Erläuterung zur Erklärung¹, und es folgt der übliche, tränenreiche Appell an eine sogenannte „Solidarität“ mit den Arbeitslosen, der von vornherein beschäftigte und unbeschäftigte Arbeitskraft gegeneinander stellt, sie umstandslos als unterschiedliche Interessengruppen definiert, und so, ordentlich sortiert als verschiedene, mehr oder weniger lukrative Objekte des an sich immer gleichen demokratischen Lobbyismus, diesem in seine fürsorglich ausgebreiteten Arme treibt. Es darf halt nur ja kein Gedanke daran aufkommen, daß es sich möglicherweise um zwei zusammengehörige Pole einer einzigen Daseinsweise handelt: der *Klasse* all derjenigen, die, ob beschäftigt oder unbeschäftigt, nichts anderes besitzen als ihre Arbeitskraft.

★

Nicht, daß die hier herauskommende Bekräftigung einer real existierenden Spaltung der besitzlosen Klasse, in der beide ihrer Teile alles in allem nur verlieren können, böse Absicht wäre. Sicher nicht. Sie ist nur beiläufiges Produkt des zu oberst verfolgten Anliegens, das da heißt: „das Vollenden der Einheit“ und

der „Erfolg“ – *unseres* Landes, *unserer* Bundesrepublik, *unserer Nation*. „Die herrschende Politik“, lautet die besorgte Warnung, „zerteilt die sozial begründete Republik.“

Daß die hier Gemeinte vorübergehend tatsächlich auch ein bißchen „sozial“ geraten war, lag aber weder daran, wie sie „begründet“ wurde, noch am Zusammenkommen derer, die in diesem Kontext den Namen „Sozialpartner“ erhielten. Es hat selbst in jenen prosperierenden Zeiten immer auch der *Auseinandersetzung* besagter Partner und des Einsatzes der obligaten Kriegsmittel bedurft, damit deren gewöhnlich kommandierender Part das bißchen Soziale herausgerückt hat, das er inzwischen wieder einkassiert. Vor allem aber lag, wie eingangs bereits dargetan, jeglichem Sozialen, das jene Republik jemals aufzuweisen hatte, die Spaltung der Nation zugrunde, die ihrerseits die Teilung Europas und der Welt in Ost und West zur Basis hatte. Es war ihr kaum mehr anzusehen, aber ihre gewissermaßen sozialisierende Wirkung auf den Kapitalismus im Westen, namentlich im deutschen, wäre anders gar nicht zu begreifen: Diese segensreiche Spaltung Deutschlands, Europas und der Welt war ihrerseits die Langzeitfolge einer regelrechten, die Welt erschütternden und, nach ihrer länglichen Wirkung zu urteilen, nicht völlig erfolglosen, großen – *Revolution* des internationalen Proletariats; der *ersten* ihrer Art.

Zwar nicht ganz erfolglos, ist diese Revolution aber erst recht nicht durchschlagend erfolgreich gewesen, vielmehr als internationale, als *Weltrevolution* begonnen, auf der halben Strecke (oder weniger) im Rahmen eines einzelnen, obendrein isolierten Landes stecken geblieben und verstaatlicht. Daß es so kam, daß der notwendige Fortgang der Revolution durch ihren Mißerfolg im ziemlich entscheidenden deutschen Abschnitt der Strecke zum Stehen kam, verdanken wir bekanntlich der Spaltung der dort organisierten Arbeiterklasse in einen kleineren revolutionären und einen größeren opportunistischen, nämlich auf den nationalen Konsens mit Staatsbürokratie und Kapital orientierten Flügel; also einem allzu großen Mangel an Bereitschaft zum *Bruch* des nationalen Konsenses in Deutschland, der die Kräfte derjenigen Klasse gelähmt hat, die ihre Interessen nicht anders als in solchem Bruch zur Geltung bringen kann.

Wie sehr, vor allem in Deutschland, der aufrechterhaltene nationale Konsens dem wirklichen tiefen Gegensatz widersprach, der die ja keineswegs erst gestern global gewordene Gesellschaft über alle nationalen Grenzen hinweg im Innern zerriß, wie sehr dessen revolutionäre Lösung an sich weiter drängte, davon erzählen auf ihre entsetzliche Weise die namenlosen Greuel der von ihrem Führer geeinten Deutschen, die unübersehbar die *Zeichen*, das leere *Ritual* der Revolution heraufbeschworen, um die wirkliche Revolution zu bannen, vor der sich der deutsche Spieß (und in ihrer Einheit werden alle Deutschen Spieß) so unsagbar fürchtete, weil sie ihm so dicht auf den Pelz gerückt war.

Die mörderische Angst des Spießers entspringt aber hauptsächlich seinem ihm angeborenen Unvermögen, sich selbständig zu orientieren. Er fürchtet die Revolution vor allem dann, wenn er sie heraufziehen und doch niemand sieht, der sie ihm macht; wenn also die herrschende Klasse zwar alle Anzeichen ihrer Unfähigkeit zu herrschen zeigt, aber die revolutionäre Klasse dennoch als solche nicht in Erscheinung tritt, nicht revolutionär zu handeln versteht. Genau dies war die Konstellation der die Nazis 1933 ein schlimmes Ende machten.

Das an dieser Stelle ebenso unvermeidliche wie deplazierte Stichwort aller gewiß auch kritischen Freunde der Erfurter Demokratie lautet natürlich (man erinnert sich da der bösen Sozialfaschismus-These der KPD): Uneinigkeit der Arbeiterklasse. Deplaziert: Denn man meint eigentlich das Gegenteil, nämlich die Uneinigkeit der *Demokraten*. Nicht Einheit der Arbeiterklasse, die nur eine *revolutionäre* sein könnte, weil nur revolutionär das Proletariat handelnde *Klasse* wird, sondern *Volksfront*, Einheit aller Demokraten zur Verteidigung der Demokratie heißt nämlich die „Lehre“, die man „aus der Geschichte“ gezogen hat und die zweifellos auch den Volksaufstand von Erfurt umtreibt. Das eine schloß aber, wie wir sahen, schon immer das andere aus.

Der demokratische Arbeiterfreund hat gelernt, auf Seiten der Kommunisten sei die Abwehr der Nazidiktatur dadurch vereitelt worden, daß die KPD auf die Revolution gegen Demokraten und Nazis orientiert habe, statt erst einmal mit sozialen und anderen Demokraten gegen die Nazis die Weimarer Demokratie zu verteidigen. Tatsache ist jedoch, daß die

¹ Edelbert Richter: Hundert Argumente. Ein Kommentar zur Erfurter Erklärung. In Abstimmung mit den Erstunterzeichnern. Weimar, Mai 1977. (Herr Richter ist sozialdemokratisches Mitglied des deutschen Bundestages.)

KPD auch vor 1933 eine Art Volksfrontpolitik betrieben und genau das die revolutionäre Einheit der Klasse verhindert hat.

„Durch die Einführung des Siebensturentages und der viertägigen Arbeitswoche, durch ... die Hebung der Kaufkraft der Massen werden wir die Erwerbslosigkeit aus der Welt schaffen.“ – Nein, das ist nicht aus der Erfurter Erklärung oder dem links davon angesiedelten Teil ihres Unterstützerkreises. Das steht in der „Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ der KPD vom 24. August 1930. Diese frühe, inoffizielle Version der späteren Volksfrontpropaganda sah nur insofern aus wie ihr linksradikales Gegenteil, als hier die KPD noch nicht das wirkliche Bündnis mit allen dem deutschen Volke wohlgesonnenen Kräften suchte, sondern unmittelbar und ausschließlich sich selbst als die Inkarnation eines solchen Bündnisses verstand – und dies zum damaligen Zeitpunkt nicht einmal zu Unrecht, hatten doch alle anderen Kräfte der ohnehin schwächlichen Weimarer Demokratie sich verschlissen und vor der extremen Reaktion bereits recht offen kapituliert.

Von vornherein gemeinsam hatte die linksradikale Variante der 1935 dann offiziell gemachten Volksfrontstrategie der Komintern mit dieser, daß sie versuchte, die volksgemeinschaftliche Demagogie der extremen Rechten auf deren eigenem Terrain zu schlagen, mit ihr in Konkurrenz zu treten. Was das zu bedeuten hatte, sobald den nationalkommunistischen Parolen Taten folgen durften, demonstrierten Stalins Kommunisten im spanischen Bürgerkrieg in einer Anschaulichkeit, die keine Wünsche offen ließ, als sie im Mai 1937 das bürgerliche Militär zur Zerschlagung aller Institutionen revolutionärer Arbeitermacht in Katalonien erfolgreich mobil machten.



Geschichte wiederholt sich nicht. 1998 ist nicht 1930. Heute gibt es keine revolutionäre Arbeiterbewegung, deren Organisationen die Reaktion erst noch zerschlagen, keinen Arbeiterstaat, auf dessen Vernichtung sie hinarbeiten müß-

te. 1998 ist darum natürlich auch nicht, wie man uns glauben machen möchte, der mögliche Beginn einer Wiederholung der „fünfziger Jahre“, von denen ein vages Gerücht aus Erfurt besagt, daß damals irgendeine „Umverteilung“ gelungen sei. Die enormen Reserven revolutionärer Energie, die der vom Osten her unternommene mächtige revolutionäre Vorstoß für das internationale Proletariat aufgetürmt hatte, sind nun restlos aufgebraucht. Von den Proleten im Westen, selbst den aufgeklärteren, als solches nie wirklich – und je flotter sie davon zehrten, desto weniger – begriffen, wurde dieses gewaltige Erbe der Revolution am Ausgang des ersten Weltkriegs, in die Sackgasse geraten, von den herrschenden Arbeiterbürokratien im Osten zusehends miserabler verwaltet und zum traurigen Schluß im Ausverkauf verramscht.

Aber Geschichte wäre auch keine, gäbe es nicht einen Zusammenhang, eine Identität des geschichtlichen Prozesses. Weiterhin steht die Frage: Revolutionäre Klasseneinheit oder Volksgemeinschaft? Und gerade weil jene alte Revolution nun aufgebraucht ist, steht die Frage heute, wie seit über sechzig Jahren nicht mehr, selbst bei den bescheidensten Anliegen jedesmal unmittelbar zur Entscheidung. Denn ohne ein erneuertes revolutionäres Programm, das jeden einzelnen Kampf gegen irgendeine bestimmte Schweinerei, um irgendein armseliges Existenzmittel etc. wieder konkret in den Kontext eines neuen Anlaufs zum *Umsturz* der bürgerlichen Ordnung im Ganzen stellt, steht jeder Kampf, jede Forderung, mag die Sache auch noch so progressiv und menschenfreundlich anmuten, von vornherein im *falschen*, bürgerlichen Kontext, wird ruiniert und muß reaktionär verkommen.

In Erfurt hat man sich allerdings längst entschieden: Wäre doch gelacht! Mit ein bißchen gutem Willen auf allen Seiten unserer einst so erfolgreichen Republik, dem man mit gehörigem Druck von unten nur auf die Beine helfen muß, läßt sich aus Kapitalismus immer etwas Anständiges machen.

In der Tat. Ohne eine neue *revolutionäre* Initiative bleibt den vom Verkauf ihrer Arbeitskraft abhängigen Massen nun mehr nur ein „Bündnis für soziale Demokratie“, das solchen „Visionen“ zum Durchbruch verhilft wie der, die „Systeme der sozialen Sicherung“ – hier gelingt der meist vieldeutigen, oft etwas dümmlichen Sprache der Erklärung einmal unfreiwillig eine kleine Offenbarung – „armutssicherer“ zu machen.

Es wird später natürlich heißen, das habe *so* niemand gewollt, wenn jene „andere Regierung“, für die man jetzt auf die Straße ruft, womöglich getrieben von in die Opposition gewechselten christ- und freiheitlichen Demokraten, endlich ernst macht mit deren Programm; wenn z.B. dem „Solidaritätsprinzip“ (mit den leeren Kassen) gegenüber Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern dadurch Geltung verschafft wird, daß man tatsächlich im großen Stil übergeht zur „Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit“: nämlich zwecks allgemeiner Verbilligung von Arbeitskraft ihren unbeschäftigten Exemplaren nur noch die Wahl läßt zwischen öffentlicher Zwangsarbeit oder Bettelei. Die Pläne dazu sind längst fertig und werden unter sozialdemokratischer Federführung in Ländern und Kommunen bereits eifrig erprobt.

Wer bei Fortbestand des kapitalistischen Privateigentums im sozialen *Konsens* den Erfolg sucht, setzt nun einmal auf die erfolgreiche Akkumulation des Kapitals, also auf dessen erfolgreiche Verwertung, also auf erfolgreiche Aneignung unbezahlter Arbeit, also auf billige Arbeitskraft. Er setzt auf den Konsens der vom Verkauf ihrer Arbeitskraft Abhängigen mit denen, die sie verwerten, d.h. ausbeuten, auf ihre Anerkennung dieser sich fortwährend reproduzierenden Abhängigkeit als eine unumstößliche Naturnotwendigkeit, der allenfalls entkommt, wem es gelingt, die Seite zu wechseln. Er setzt auf den paranoiden Konsens aller arbeitsamen oder Arbeitsplätze schaffenden Deutschen gegen Spekulanten, Sozialschmarotzer, Wirtschaftsflüchtlinge und Russenmafia. <>

DD, Kiel im Juni 1998